

Ja zur Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“

*Walter Wobmann, Nationalrat, Gretzenbach/SO,
Vorsitzender „Egerkinger Komitee“*

Eigentlich hätte das sogenannte Egerkinger Komitee heute den Abstimmungskampf zur Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ eröffnen wollen. Doch seit mindestens zwei Wochen steht die Minarettverbots-Initiative im Mittelpunkt der innenpolitischen Diskussion. Auch wenn wir die frühe Lancierung des Abstimmungskampfes sehr begrüßen, so geben die Verbote zum Aufhängen unserer Abstimmungsplakate in einigen Schweizer Städten sehr zu denken.

Wo ist die uns verfassungsmässig garantierte Meinungsfreiheit geblieben, wenn ein Abstimmungsplakat, gegen das rechtlich nichts einzuwenden ist, von einem kleinen Gremium aus persönlichen und politischen Gründen völlig willkürlich verboten wird? Unser Abstimmungskomitee lässt sich von solch undemokratischen Machenschaften nicht beeinflussen und wird – entsprechend vorbereitet – den Abstimmungskampf durchziehen. Schliesslich wurde diese Initiative von über 113'000 Stimmberechtigten, von Leuten aus allen Schichten und Parteien, innert kurzer Zeit unterschrieben und vom Bundesrat und vom Parlament für gültig erklärt.

Das Bauverbot für Minarette ist sehr wichtig

Das Minarett als Bauwerk hat keinen religiösen Charakter. Es wird weder im Koran noch in anderen heiligen Schriften des Islam erwähnt. Es stellt vielmehr ein religiös-politisches Machtsymbol dar. Somit verstösst ein entsprechendes Verbot in keiner Art und Weise gegen unsere Glaubens- und Religionsfreiheit. Auch in islamischen Ländern gibt es schliesslich Tausende Moscheen ohne Minarette. Zudem konnten die gegen eine halbe Million in der Schweiz wohnhaften Muslime bis jetzt über Jahrzehnte hinweg ihren Glauben zwar ohne Minarette, aber völlig frei ausüben. Es ist nicht einzusehen, warum dies nicht auch in Zukunft so sein soll.

Mit den in kurzen Abständen eingereichten Baugesuchen für Minarette in Wangen bei Olten (SO), Langenthal (BE) und Wil (SG) sowie dem im Anzeigeverfahren bewilligten „kleinen Minarett“ in Winterthur ist in den Augen vieler Schweizerinnen und Schweizer eine Grenze überschritten worden. Viele erkennen darin einen weiteren Schritt in der Strategie der Islamisierung unseres Landes. Die Befürchtung ist gross, dass den Minaretten der Gebetsrufer (Muezzin) folgen wird. Aktuelles Beispiel dafür ist Rheinfelden in Deutschland, wo nach dem Bau eines Minarettes trotz eines gegenseitig vereinbarten Verzichts die Lautsprecher für den Gebetsruf installiert worden sind.

Gleichzeitig gewinnt die Scharia in der Schweiz und in Europa immer mehr an Bedeutung. Orientiert am Scharia-Recht beginnen sich so genannte Parallelgesellschaften zu bilden – unter Missachtung der geltenden Verfassung und geltender Gesetze.

Scharia, also islamisches Recht: Das geht bis zu Ehrenmorden, das beinhaltet Zwangsehen, Beschneidungen, das Tragen der Burka, Missachtung von Schulvorschriften, selbst Steinigungen stehen zur Diskussion.

Die ablehnende Haltung zum Minarett als Symbol eines Herrschaftsanspruchs richtet sich in keiner Weise gegen den Islam als Religion. Denn das Minarett ist nicht ein kirchlicher Bau. Es ist Symbol eines Machtanspruchs. Das ist auch der zentrale Unterschied zum Kirchturm. Dieser symbolisiert nicht ein anderes Recht, es geht von ihm keinerlei Herrschaftsanspruch aus. Unsere Landeskirche respektiert uneingeschränkt unsere Verfassung und unsere Gesetze. Zudem ist festzuhalten, dass wir in einer christlich-abendländischen Kultur leben. Von Einwanderern darf verlangt werden, dass sie unsere Gesetze akzeptieren, wenn sie hier leben wollen. Muslime können hier ihre Religion frei ausüben. Christen in vielen islamischen Ländern machen ganz andere Erfahrungen. Allzu oft werden Christen dort verfolgt und sind christliche Kirchen verboten.

Die Minarettverbots-Initiative schafft auch Klarheit für die Kantone und die Gemeinden, die heute bezüglich der Bewilligungsfrage für Minarette teilweise überfordert sind. Dies kam beim Baugesuch für ein Minarett in Wangen bei Olten, also in meinem Wohnkanton, deutlich zum Ausdruck.

Das Minarett, der Muezzin und die Scharia stehen miteinander in direktem Zusammenhang. Sie und die von ihnen ausgehenden politischen Ansprüche sind mit unserem freiheitlich-demokratischen Gesellschaftssystem nicht vereinbar.

Walter Wobmann